

«Here we go again ...» – Die Briten und Europa

Essay Der Zeithistoriker Klaus Larres über die britische Innenpolitik und die deutsche Frage nach der Cameron-Rede

VON KLAUS LARRES

«Was ist schon wieder los mit den Briten?» So wird in diesen Tagen vielerorts gefragt nach der gross angelegten Europarede des britischen Premiers. In seiner Londoner Rede legte David Cameron die Europastrategie seiner Regierung auf den Tisch. Falls er 2015 wiedergewählt wird, beabsichtigt er, das Verhältnis Grossbritanniens zur EU neu auszuhandeln.

Cameron will viele an Brüssel übertragene Befugnisse wieder in britische Hände legen. Die Briten sollen 2017 in einem Referendum über den Verbleib des Landes in der EU mit Ja oder Nein abstimmen. Cameron betonte zwar in seiner Rede die Wichtigkeit, die er einem Verbleib Londons in der EU beimisst. Seine Politik scheint jedoch – erstmals seit dem Referendum von 1975 – realistische Umstände für einen Austritt Grossbritanniens aus der EU geschaffen zu haben.

Die Konsternation in Berlin, Paris, Brüssel und vielen anderen EU-Hauptstädten war gross. Nun hat die EU mit Mühe und Not einen Austritt Griechenlands zu verhindern gewusst, und jetzt reden die Briten davon, sich selbst aus der EU zu entfernen. Worum geht es bei der Sache? Was bewegte Cameron, einen ernsten Konflikt mit den EU-Partnern zu provozieren und einen grossen Schritt auf den Abgrund hin zu einem alleine in der Welt umherirrenden Britannien zu tun?

Die «neue deutsche Frage»

Camerons neue EU-Strategie lässt sich auf zwei Gründe zurückführen: Sie ist zum einen mit der innenpolitischen Lage zu verstehen. Zum anderen erklärt sie sich durch ein völliges Unverständnis gegenüber der Tatsache, dass die meisten EU-Staaten die EU nach wie vor als einen wichtigen Faktor ansehen, um die «neue deutsche Frage» unter Kontrolle zu halten.

Innerhalb der konservativen Partei ist Cameron umstritten. 2010 konnte er die Wahlen gegen den durch die globale Wirtschaftskrise angeschlagenen Labour-Premier Gordon Brown nicht alleine gewinnen. Er musste sich auf eine Koalition mit den Sozialliberalen einlassen, um eine Regierung bilden zu können. Seine Wirtschaftspolitik hat zudem bisher keinerlei Erfolge zu verzeichnen. Eine umfassende Sparpolitik hat zu keinem Wirtschaftsaufschwung geführt. Im Gegenteil: Sie hat die wirtschaftliche Misere noch zusätzlich verschärft. Die Umfrageergebnisse für die Tory-Regierung lassen daher sehr zu wünschen übrig.

Daneben wird die konservative Partei von der agilen, extrem europafeindlichen UKIP-Partei (UK Independence Party) zunehmend von rechts überholt. Die vom Populisten Nigel Farage angeführte Partei droht eine ernste wahlpolitische Gefahr für die Tories zu werden. Gleichzeitig ist eine zunehmende anti-europäische Einstellung



Premier David Cameron sprach am Mittwoch in London zum Verhältnis Grossbritanniens zur EU.

KEY

der Bevölkerung und vieler junger konservativer Hinterbänker zu verzeichnen. Deren Anzahl wird auf rund 80 geschätzt.

Camerons Befreiungsschlag

In dieser für das Überleben seiner Regierung prekären Lage diente Camerons Europarede als Befreiungsschlag. Der Premier schlug sich auf die Seite der Europaskeptiker, ohne aber selbst den Austritt aus der EU zu befürworten. Er schob den Schwarzen Peter den anderen EU-Staaten zu. Falls diese sich weigern, das Verhältnis Britanniens zur EU fundamental im Sinne Londons neu zu regeln, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn die Briten dann die Konsequenzen ziehen. Damit kann Cameron den starken Mann spielen, was bei seiner Partei und auch in der britischen Bevölkerung gut ankommt.

Er hat zugleich den vielen Europaskeptikern in seiner Partei die Munition genommen. Cameron hofft, dass nun weite Kreise der Bevölkerung keinen Grund sehen, aus antieuropäischen Gründen die UKIP zu wählen. Er scheint selbst zum Europaskeptiker par excellence geworden zu sein. Der

oppositionellen Labourpartei hat er das Leben auch schwer gemacht.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der Premier sich innerhalb seiner Partei mit dieser Strategie bis zur nächsten Wahl über die Runden retten kann. Er dürfte die Europaskeptiker erst einmal beruhigt haben. Der EU-Austritt, um den es den meisten von ihnen geht, scheint ja mittels des versprochenen Referendums in greifbare Nähe zu rücken.

Dass dieses vierjährige Warten auf ein Referendum viel wirtschaftspolitische Unsicherheit bringen wird und die Investitionsbereitschaft ausländischer Firmen in Britannien nicht fördert, scheint die Tories wenig zu kümmern. Letztlich hat auch Cameron nicht das Wohl seines Landes vor Augen. Ihm geht es um die Wahlaussichten für seine Partei und vor allem um seinen eigenen Job als Regierungschef.

Unverständnis für Politprojekt

Daneben zeigen sich Cameron und seine Berater auch überraschend wenig vertraut mit der Tatsache, dass es sich bei der EU nicht um eine vorwiegend wirtschaftliche und handelspoli-

tisch orientierte Organisation handelt. Die Aussage in Camerons Rede, dass der Hauptgrund für die britische EU-Mitgliedschaft die Teilnahme am Binnenmarkt sei und damit die Möglichkeit, dessen Regeln mitzubestimmen, verkennt die Lage vollkommen.

Im Grunde haben die Briten seit 1951 nicht viel dazugelernt. Schon damals sagte Vizepremier Herbert Morrison, dass der Schuman-Plan eine wirtschaftspolitische Grundlage habe, aber wichtige, politische Implikationen besitze. Morrison hatte keine Ahnung.

Beim Schuman-Plan, wie dann auch bei den Römischen Verträgen (1957) oder beim Maastrichter Vertrag (1992), standen nicht wirtschaftspolitische oder monetäre Fragen im Mittelpunkt. Es handelte sich vielmehr um den Versuch, hochbrisante politische Fragen zu lösen. In London wird das bis heute nicht verstanden.

Worum ging es bei all diesen Verträgen? Es ging um Deutschland und die deutsche Frage. Es ging um die Integration Westdeutschlands in ein enges europäisches Konzert der Nationen, das zu einer einheitlichen föderalen Union führen sollte. Es ging um die Eindäm-

mung der vermeintlichen militärischen Gefahr, die von Deutschland drohte, so sah man es anfangs. Und später ging es um die Eindämmung des politischen und wirtschaftspolitischen Gewichts Deutschlands.

Darum geht es nach wie vor, gerade seit durch die Eurokrise das Gewicht und die Bedeutung Deutschlands in Europa erheblich zugenommen haben. Die feste Integration Deutschlands in der EU und in der Eurozone wirkt immer noch beruhigend und stabilisierend auf dem alten Kontinent. Es macht die Deutschen gleicher, ungeachtet des wachsenden politischen und wirtschaftspolitischen Übergewichts des Landes in der EU. Das wird auch in dem Berlin Angela Merkels nicht anders gesehen, wenn auch nur selten zugegeben.

Camerons schlechtes Timing

Cameron erkennt das bis heute nicht. So wie er sich nicht der Bedeutung des deutsch-französischen Élysée-Vertrages bewusst war und seine Europarede zuerst an dem Tag des 50-Jahr-Jubiläums des Vertrages halten

Niemand will den Euro opfern, um dem Nicht-euroland Britannien einen Gefallen zu tun.

wollte, so hat ihn scheinbar niemand über die Geschichte und die tieferen Motive der europäischen Integration unterrichtet.

Stattdessen sprach er in seiner Londoner Rede davon, dass die Sicherung des Wohlstandes Europas der alles bestimmende Zweck der EU sei. Er wolle keine politische Union und kein Land namens Europa, erklärte er in Davos kurz darauf. Cameron kann nicht erkennen, dass der Euro ohne eine enge föderale Union, einschliesslich einer engen Bankenunion, auf Dauer nicht überlebensfähig ist. Und niemand in Berlin, Paris oder Brüssel hat die Absicht, den Euro zu opfern, um dem Nicht-euroland Grossbritannien einen Gefallen zu tun.

Vielleicht lässt sich ja ein Kompromiss in den von Cameron angestrebten Verhandlungen über das Verhältnis Grossbritanniens zur EU erreichen. Trotz aller von Merkel und Co. angebotenen Verhandlungsbereitschaft sind die Aussichten dafür aber gering. Ein Austritt Britanniens aus der EU ist keinesfalls mehr auszuschliessen. Allerdings muss Cameron erst einmal die Wahlen 2015 gewinnen. Und bis dahin fließt doch noch einiges an Wasser die Themse herunter.

Klaus Larres ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of North Carolina in Chapel Hill, (USA). Er lehrte über siebzehn Jahre lang an Universitäten in Britannien.

Freudloser Jahrestag der Tahrir-Revolution

Kairo Der zweite Jahrestag der Revolution ist von Unsicherheit und wirtschaftlichen Nöten gekennzeichnet. Die Gesellschaft ist tief gespalten.

VON MARKUS SYMANK, KAIRO

Zehntausende begingen in Ägypten den zweiten Jahrestag des Volksaufstandes gegen Hosni Mubarak. Die Rebellion, die nach 18-tägigen Protesten mit dem Sturz des Diktators endete, hatte mit Demonstrationen in Kairo begonnen. Der gestrige Jahrestag war von der zunehmenden Spaltung der ägyptischen Gesellschaft gekennzeichnet. Islamisten, allen voran die Muslimbruderschaft, feierten das «neue de-

mokratische Ägypten». Ihre Gegner versammelten sich hingegen auf dem Tahrir-Platz und protestierten gegen die Politik der Islamisten. Mit Sprechchören forderten die säkular orientierten Demonstranten Präsident Mohammed Mursi zum Rücktritt auf.

Ägyptische Medien berichteten gestern von neun Toten und mindestens 380 Verletzten in Kairo, Alexandria, Suez und Ismailia. Bereits am Abend zuvor war es im Zentrum von Kairo zu schweren Zusammenstössen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen. Demonstranten schleuderten Brandsätze auf die Einsatzkräfte. Unter den Demonstranten befanden sich auch Hunderte Angehörige von Opfern der Revolution. Sie forderten eine neue Untersuchung der

Gewalt gegen Demonstranten. Während des Volksaufstandes starben offiziellen Zahlen zufolge 846 Personen. Bis heute sitzen nur zwei Polizeioffiziere wegen Mordes während der Revolu-

Bis heute sitzen nur zwei Polizisten wegen Mordes während der Revolution in Haft.

tion im Gefängnis. Die neue Regierung hat angekündigt, zahlreiche Gerichtsverfahren neu aufrollen zu wollen.

Die regierenden Islamisten kündigten diese Woche auch neue Impulse für die angeschlagene Wirtschaft des

Landes an. So soll eine Million Ägypter aus der ärmsten Bevölkerungsschicht künftig in den Genuss kostenloser Gesundheitsfürsorge kommen. Ausserdem sollen landesweit 2000 neue Schulen gebaut sowie Massnahmen eingeführt werden, um den Preisanstieg von Lebensmitteln zu stoppen.

Hoffen auf Fehlritte der Islamisten

Die führende Oppositionsgruppe Nationale Heilsfront sprach von «leeren Versprechen» und sagte, dass der Muslimbruderschaft eine Wirtschaftsstrategie fehle. Säkulare Kräfte hoffen, bei den Parlamentswahlen von den Fehlritten der Islamisten zu profitieren. Der Termin steht jedoch auch fast einen Monat nach der Verabschiedung der neuen Verfassung noch nicht.

Nachrichten

Libyen Staaten warnen ihre Bürger

Seit dem französischen Militäreinsatz in Mali wächst die Terrorangst in Nordafrika. Wegen einer «konkreten Bedrohung» in der libyschen Hafenstadt Bengasi riefen mehrere westliche Regierungen – darunter die Schweiz und Frankreich – ihre Bürger auf, sich in Sicherheit zu bringen. (SDA)

Mali Truppen stehen vor Timbuktu

Die Islamisten versuchen, den Vormarsch der malisch-französischen Militäroffensive zu stoppen. Doch diese verzeichnet weitere Erfolge: Die Truppen standen gestern vor den Toren der Wüstenstadt Timbuktu. (SDA)